

**Wahlprogramm
zur Bürgerschaftswahl 1997
der Freien Demokratischen Partei
Landesverband Hamburg**

**„Verantwortung für die Zukunft -
Verantwortung für Hamburg“**

(Beschlossen auf dem Landesparteitag
am 19./20. November 1996)

Quelle/Zitierweise: ADL, Druckschriftenbestand; Signatur D2-2678
Archiviert als PDF-Dokument; Signatur IN5-256

F.D.P.
Die Liberalen

F.D.P.
Die Liberalen

Verantwortung für die Zukunft - Verantwortung für Hamburg

Das Programm der Hamburger Freien Demokraten zur Bürgerschaftswahl 1997

- beschlossen von einem
außerordentlichen Landesparteitag
am 19. / 20. November 1996

F.D.P.
Die Liberalen

Impressum:

Herausgeber:
Freie Demokratische Partei
Landesverband Hamburg
Paul-Neermann-Platz 5
22765 Hamburg

Herstellung:
Wirtschafts- und Sozialpolitik-Verlags-GmbH
Paul-Neermann-Platz 5
22765 Hamburg

Im Januar 1997

Verantwortung für die Zukunft - Verantwortung für Hamburg

Das Programm der Hamburger Freien Demokraten zur Bürgerschaftswahl 1997

Liebe Hamburgerinnen und Hamburger,

vor Ihnen liegt das Wahlprogramm der Hamburger F.D.P. für die Bürgerschaftswahl am 21. September 1997. An diesem Tag entscheiden Sie, die Hamburger Wählerinnen und Wähler, nicht nur über die Zusammensetzung der Bürgerschaft, sondern auch über die Zukunftschancen unserer Freien und Hansestadt.

Für die F.D.P. sind die wesentlichen Herausforderungen der kommenden Jahre: die Schaffung neuer und die Sicherung vorhandener Arbeitsplätze, die dauerhafte Haushaltssanierung, die Sicherung des Wirtschaftsstandortes, eine wirtschaftsfördernde und umweltorientierte Verkehrspolitik, die Sicherung der Zukunftsfähigkeit Hamburgs durch eine verantwortliche Bildungspolitik, die Gewährleistung der inneren Sicherheit und eine gerechte Sozial- und Gesundheitspolitik, die die Leistungsbereitschaft bewahrt.

In unserem liberalen Wahlprogramm haben wir unsere Antworten für eine bessere Politik in Hamburg festgeschrieben. Wir haben es nach langer und intensiver und offener Diskussion auf unserem Parteitag im November 1996 beschlossen.

Politik ist ein ständiger Dialog mit allen Bürgerinnen und Bürgern. Wir stellen uns deshalb gerne Ihrer Kritik und bitten Sie, uns zu dem vorgelegten Wahlprogramm Ihre Anregungen und Vorstellungen mitzuteilen. Wir sind offen für Ihre Anregungen und Fragen.

Vielleicht können Sie sich auch entschließen, mit uns gemeinsam für eine bessere Zukunft Hamburgs zu arbeiten. Wir laden Sie herzlich dazu ein. Unsere Partei ist offen für alle, die mitarbeiten wollen an der liberalen Bürgergesellschaft. Wir laden Sie gerne auch zu unseren Veranstaltungen ein, damit Sie die Menschen kennenlernen können, die bei uns mitmachen.

Unsere liberale Idee lebt voller Kraft und Vielfalt. Engagement macht auch Spaß. Und wir haben gute und liberale Lösungen für die Probleme dieser Stadt.

Am 21. September geht es vor allen Dingen darum, die trostlose Alternative einer "Rot-Grünen" oder einer "Großen" Koalition zu verhindern.

"Rot-Grün" schwächt die Wirtschaft, verhindert Zukunftsinvestitionen und kostet Arbeitsplätze.

Eine "Große" Koalition ist eine Regierung ohne Opposition. Sie ist gefährlich für die Demokratie. Probleme werden nicht gelöst, sondern ausgesessen. Der "Große Proporz" ist das Kennzeichen großer Koalitionen.

Die F.D.P. will Miterantwortung für Hamburg tragen. Dies ist auch ein wichtiges bundespolitisches Signal. Wir werden dafür sorgen, daß Hamburg seine Stimme im Bundesrat nach den Interessen unserer Stadt abgibt. Eine rot-grüne Blockadepolitik machen wir nicht mit.

Deshalb: Setzen Sie auf die liberale Karte. Eine starke F.D.P. im Rathaus hat das Staatsschiff schon mehr als einmal aus seichten Gewässern voller Untiefen wieder auf die freie, offene See geschleppt...

Ich grüße Sie herzlich.



(Dr. Frank-Michael Wiegand)
Landesvorsitzender
der Hamburger F.D.P.

Freie Demokratische Partei
Landesverband Hamburg
- Landesgeschäftsstelle -
Paul-Nevermann-Platz 5
22765 Hamburg
Telefon (040) 39 13 25
Telefax (040) 390 19 99

Spendenkonto:
Vereins- und Westbank
Konto-Nr. 13 16 15
Bankleitzahl 200 300 00

I.

Die Sicherung des Wirtschaftsstandortes Hamburg

Für neue Arbeitsplätze und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Für eine neue Wirtschafts- und Verkehrspolitik

Für eine umweltverträgliche und soziale Marktwirtschaft

Für eine solide Haushaltspolitik

1. Die Herausforderung:

Deutschland und die Region Hamburg müssen sich auf tiefgreifende Veränderungen im internationalen Wettbewerb einstellen. Die Arbeitslosigkeit mit über 4 Millionen Menschen in Deutschland - davon über 85.000 Menschen in Hamburg - hat ein unerträgliches Ausmaß erreicht.

Übermäßige staatliche Einflußnahme auf die Wirtschaft verleidet jegliche Initiative und Kreativität. Die soziale Marktwirtschaft ist auf die Freiheit und Leistungsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Die F.D.P. will den Staat auf seine wesentlichen Funktionen zurückdrängen: Auf die Gewährleistung stabiler Rahmenbedingungen, die die unternehmerische Leistung fördern. Marktwirtschaft ist Wettbewerb.

Eigeninitiative fördern

Ziel liberaler Wirtschaftspolitik ist es, mehr Wachstumsdynamik zu ermöglichen, zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen und die wirtschaftlichen Fundamente unseres Sozialstaates dauerhaft zu sichern.

Deshalb fordert die Hamburger F.D.P. für die Stadt eine Offensive für Wachstum und Arbeitsplätze.

Offensive für Arbeitsplätze

Zentrale Themen einer solchen Offensive sind für uns Liberale:

- eine wachstumsfördernde Wirtschaftspolitik,
- die Sanierung des Hamburger Haushaltes,
- eine wirtschaftsfördernde und umweltorientierte Verkehrspolitik.

Liberale wollen mehr unternehmerische Freiheit, damit mehr Investitionen getätigt und mehr Arbeitsplätze geschaffen werden.

Wirtschaftspolitik muß auch in Hamburg besonders dem Ziel dienen, vorhandene Arbeitsplätze zu sichern und neue Arbeitsplätze zu schaffen. In Hamburg wird die F.D.P. die Zuständigkeit für die Arbeitsmarkt-Politik von der Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales zur Wirtschaftsbehörde verlagern.

Die wichtigste Aufgabe der Liberalen in Hamburg ist die Flankierung des Wachstumskurses der Bundesregierung und die Beseitigung hausgemachter hamburgtypischer Nachteile. Verkrustungen, schleppende Bürokratie, Technologiefindlichkeit und hohe Hamburger Steuern und Gebühren behindern jede unternehmerische Tätigkeit und Innovation und damit die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Jahr für Jahr gehen Tausende von Arbeitsplätzen in Hamburg verloren.

Hamburg ist eine europäische Wirtschafts-, Finanz-, Gesellschafts- und Kulturmetropole. Dieser Umstand verpflichtet die Liberalen in besonderem Maße, sich für unsere Stadt für die Chancen einzusetzen, die in Hamburgs eigenem Interesse liegen. Hamburg muß einen konkreten Beitrag zur Erfüllung der Maastricht-Kriterien leisten. Daher muß der Konsolidierung des Haushaltes größte Priorität gegeben werden. Die Hamburger F.D.P. steht für ein klares Bekenntnis zu der weiteren Entwicklung und Ausweitung der Europäischen Union. Die Hansestadt braucht Europa und die politische Mitwirkung der Liberalen.

Hamburg braucht Europa

2. Wachstumsfördernde Wirtschaftspolitik

Zusätzliche Hürden für Arbeitsplätze in Hamburg müssen beseitigt werden. Die F.D.P. tritt für eine ausgewogene Mischung von Industrie, Handwerk und Dienstleistung ein.

Wer in Hamburg investieren will, muß mit offenen Armen empfangen werden. Wir Liberalen wollen weniger Bürokratie und weniger Einmischung des Staates in unternehmerische Entscheidungen. Die Verwaltung muß wie ein Dienstleistungsbetrieb und Serviceunternehmen handeln und nicht wie ein Vormund. Wo Verwaltungsvorschriften Hürden für unternehmerische Initiativen sind, müssen sie im Allgemeininteresse revidiert werden. Dies gilt insbesondere im Baubereich. Genehmigungsverfahren müssen beschleunigt und die Kosten der Verfahren müssen gesenkt werden. Bei der Aufstellung von Bebauungsplänen muß gewährleistet werden, daß produzierendes Gewerbe nicht verdrängt wird. Für produzierendes Gewerbe muß an den klassischen dafür vorgesehenen Hamburger Standorten zusätzlich Raum geschaffen werden.

Positives Investitionsklima schaffen

Neue Technologien schaffen neue Arbeitsplätze. Hamburg braucht den Mut seiner Bürgerinnen und Bürger, neue Technologien kritisch zu fördern. Wir brauchen ein positives gesellschaftliches Klima für neue Technologien. Die Liberalen wollen einen Technologieschub. Kammern und Verbände, Unternehmen und Politik müssen stärker kooperieren, um dies zu erreichen. Mit Modellprojekten, angeregt von der Politik und entwickelt zwischen anwendungsorientierter Forschung - speziell in der TU Hamburg-Harburg und Fachhochschule - und möglichen Investoren und unterstützt durch die Errichtung von Stiftungslehrstühlen können dafür die Voraussetzungen geschaffen und Investoren gewonnen werden.

Mut zu neuen Technologien

Der technische Wandel, ausgelöst durch Digitalisierung und Vernetzung der Informations- und Kommunikationstechnik, wird in naher Zukunft die Medien und deren Nutzung grundlegend verändern. Die F.D.P. setzt sich dafür ein, daß potentielle Investoren auf diesen neuen Märkten einheitliche, klare und verlässliche Rahmenbedingungen vorfinden (bundesweites Mulimediagesetz).

Senkung der Gewerbesteuer, solange sie noch existiert. Die Attraktivität Hamburgs darf nicht durch falsche, weil zu hohe, Gewerbesteuer-Hebesätze aufs Spiel gesetzt werden. Statt Mehreinnahmen hat die jüngste Erhöhung der Gewerbesteuer 1995 zu Mindereinnahmen geführt. Die F.D.P. will die Senkung um 50 Punkte innerhalb der ersten hundert Tage nach ihrem Wiedereinzug in die Bürgerschaft durchsetzen.

Gewerbesteuer senken

Die F.D.P. will, daß Hamburg konsequent die **Schwarzarbeit bekämpft**. Dafür reicht es nicht, nur zu kontrollieren. Wir müssen auch Steuern und Abgaben absenken, damit es sich nicht lohnt, in die Schwarzarbeit auszuweichen.

Erschließung neuen Gewerbeflächen, um neue Unternehmen für Hamburg zu gewinnen und ansässige Unternehmen in Hamburg zu halten. Dabei darf es kein Denktabu geben. Das gilt auch für von Kleingartenvereinen genutzte Flächen. Hamburg braucht sowohl High-Tech- als auch Low-Tech-Betriebe. Die Arbeitsplätze müssen so verschieden sein wie die Menschen, die sie ausfüllen sollen.

Hamburg braucht Gewerbepläne

Der neue Flächennutzungsplan ist gewerbeindlich. Die F.D.P. wird es nicht hinnehmen, daß durch den neuen Flächennutzungsplan massenhaft bisher gewerblich nutzbare Flächen insbesondere als Wohn- und Grünflächen ausgewiesen werden. Angesichts der knappen Reserven von Gewerbeplänen führt dies sonst zu weiterer Arbeitsplatzvernichtung. Wohngebiete brauchen wir für die Menschen, die hier wohnen wollen, und Gewerbeplänen, damit sie hier auch arbeiten können. Reine Wohngebiete müssen von Fall zu Fall umgewandelt werden, um Wohnen und Arbeiten wieder miteinander zu verzähnen. Wir wollen die stärkere Ausweisung von Wohngebieten für den Bau von Einzel-, Doppel- und Reihenhäusern, denn nur die Einkommensteuern der Bürgerinnen und Bürger, die in Hamburg wohnen, bleiben in der Stadt.

Eine Verwaltungsreform muß endlich nicht nur diskutiert, sondern auch durchgesetzt werden (dazu mehr im Kapitel "Das Verhältnis von Bürger und Staat").

Hamburg braucht den **Nordstaat**. Für den Weg dorthin muß endlich in allen beteiligten Nachbarländern eine positive Grundstimmung geschaffen werden. Die gemeinsamen Probleme Norddeutschlands, insbesondere die Fragen der maritimen Wirtschaft, die Probleme der Verkehrsinfrastruktur und gemeinsame Interessenlagen in der Umwelt- und Energiepolitik machen dies erforderlich. Bis zur Erreichung des Ziels ist eine verbesserte konstruktive Zusammenarbeit notwendig.

Unterhalb dieser Ebene fordern die konkreten Probleme des Hamburger Umlandes eine intensivere Zusammenarbeit zwischen Hamburg und den Landesregierungen von Niedersachsen und Schleswig-Holstein, aber auch den angrenzenden Gemeinden und Landkreisen. Der Wirtschaftsraum Hamburg darf nicht länger an diesen Grenzen halmachen. Aber auch die Umweltpolitik für den Ballungsraum und andere grenzüberschreitenden Fragen machen dies erforderlich. Wir können nicht auf einen Nordstaat warten, um eine gemeinsame Politik für den Wirtschaftsraum Hamburg zu machen (siehe im Kapitel "Das Verhältnis von Bürger und Staat").

Im **Hafen** müssen neue Arbeitsplätze geschaffen und die bestehenden Arbeitsplätze erhalten werden. Mehr als 100.000 Arbeitsplätze hängen von der Hafenwirtschaft ab. Die Wirtschaftspolitik der F.D.P. wird dafür sorgen, daß die Wettbewerbsfähigkeit des Hafens verbessert wird:

- * Die Hafenerweiterung in Altenwerder mit modernem Dienstleistungs- und Logistikzentrum muß schnell erfolgen. Mit der Hafenerweiterung werden zwischen 2000 und 3000 neue Arbeitsplätze entstehen.
- * Die Vertiefung der Unterelbe an einzelnen Stellen muß endlich durchgesetzt werden, damit Containerschiffe der 4. Generation und der nachfolgenden Generationen vollbeladen den Hafen erreichen und verlassen können. Nur so können die Reedereien in Hamburg gehalten werden.

Konkurrenzfähigkeit sichert Arbeitsplätze

- * Zur Stärkung der Binnenschifffahrt - als umweltfreundliches Verkehrssystem - soll der Ausbau der Oberelbe von Bad Schandau bis Magdeburg, bei Beachtung ökologischer Belange, erfolgen.

Zum **Ausbau des Flughafens Fuhlsbüttel** gibt es derzeit keine Alternative. Die F.D.P. tritt für die Sicherung des jetzigen Standortes Fuhlsbüttel ein.

Sicherung Standort Fuhlsbüttel

Dazu will die F.D.P. die Verabschiedung eines Flughafenentwicklungsgesetzes durchsetzen, um mittel- und langfristig die Bereitstellung ausreichender Betriebsflächen für einen sicheren und zuverlässigen Luftverkehr zu gewährleisten.

- * Für die **Erreichbarkeit** des Flughafens ist die Errichtung eines übersichtlichen Verkehrsinformations- und Parkleitsystems mit der Schaffung ausreichender Kurzzeitparkmöglichkeiten, der schnellstmöglichen Realisierung des S-Bahn-Anschlusses zum Flughafen und der Ausbau des Straßenanschlusses über die Sengelmannstraße zur City Nord erforderlich.
- * Gerade für einen innerstädtischen Flughafen ist die Verstärkung des aktiven und passiven Lärmschutzes notwendig.

3. Sanierung des Hamburger Haushalts

Hamburg lebt heute ungeniert auf Kosten der nachfolgenden Generationen. Die Verschuldung Hamburgs steigt immer weiter. Hamburg wäre ohne die Veräußerung von Vermögen zahlungsunfähig. Im Haushalt ist kein Spielraum mehr, um Zukunftentscheidungen zu fällen. Gebühren, Steuern und Abgaben werden dauernd erhöht, um Haushaltlöcher zu stopfen. Dies ist weder für Unternehmen noch für die Bürgerinnen und Bürger tragbar.

Die Liberalen treten für eine radikale Umkehr in der Haushaltspolitik ein, um einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Wir dürfen die Zukunftschancen unserer Kinder nicht verbauen. Hamburg darf nicht weiter über seine Verhältnisse leben. Der Hamburger Staat braucht wieder Handlungsspielräume. Das setzt einen ausgeglichenen Haushalt voraus.

Spielräume für Zukunftentscheidungen zurückgewinnen

Dem Ausgabenzuwachs ist ein Aufgabenzuwachs vorausgegangen. Die F.D.P. fordert eine ergebnisoffene Diskussion darüber, welche Aufgaben unverzichtbar hoheitlich erfüllt werden müssen und welche Aufgaben kostengünstiger und effizienter von privaten oder gemeinnützigen Anbietern erledigt werden können. Uns allen muß klar sein, daß die Leistungen des Staates im bisherigen Umfang nicht mehr finanzierbar sind.

Die Vorschläge der F.D.P. zur Hamburger Finanzpolitik folgen zwei zentralen Zielvorstellungen:

- * ausgeglichener Betriebshaushalt im Haushalt 1999;
- * ausgeglichener Gesamthaushalt innerhalb von 10 Jahren, das heißt: ohne jegliche Neuverschuldung.

Damit macht die F.D.P. deutlich:

- * Die laufenden Ausgaben der Hansestadt müssen aus den laufenden Einnahmen finanziert werden. Das gelingt nur, wenn die Aufgaben der Stadt auf ihren Kern zurückgeführt werden. Wo möglich müssen Aufgaben und Betriebe - im wahren Sinne des Wortes - privatisiert werden. Privatisierungserlöse müssen zur Schuldentlastung und für Zukunftsinvestitionen verwendet werden.
- * Die staatlichen Regiebetriebe sind in Kapitalgesellschaften umzuwandeln; eine Aufgabenprivatisierung ist vorzunehmen.

Um diese Ziele zu erreichen, müssen die Ausgaben reduziert werden. Steuer- und Abgabenerhöhungen, die die Attraktivität des Standorts Hamburg weiter verschlechtern würden und die vom Zwang zum Sparen ablenken, werden von der F.D.P. abgelehnt. Es ist zwar einfacher, durch noch höhere Steuern und Abgaben den Haushalt scheinbar zu konsolidieren. Die bisherigen Mißerfolge sprechen aber eine klare Sprache: Im Ergebnis weichen die Betriebe der höheren Steuerlast aus; Arbeitsplätze wandern ab und weniger wird eingenommen.

Aufgabenkritik

Deshalb will die F.D.P. für Einsparungen unter anderem in folgenden Bereichen sorgen, wo sie möglich und unumgänglich sind:

Der Gesamtetat wird in den nächsten drei Jahren global um 3 Prozent jährlich durch Stellenabbau und pauschale Kürzung der Sach- und Fachausgaben abgesenkt.

Hamburg leistet sich eine überdimensionierte Bürokratie für die Arbeitsmarktförderung, obwohl die Zahl der ABM-Stellen deutlich zurückgegangen ist. Die ABM-Verwaltung muß so reduziert werden, daß sie für den Zweiten Arbeitsmarkt, soweit notwendig, ausreicht.

Die Hamburger F.D.P. will den Ausstieg aus der kostspieligen objektbezogenen Wohnungsbauförderung. Stattdessen sind die gerechtere direkte Förderung von einkommensschwachen Bürgerinnen und Bürger (sogenannte Subjektförderung durch Gewährung von Wohngeld) und der Kauf von Belegungsrechten zu stärken.

Die Sozialhilfeleistungen müssen an das Durchschnittsniveau deutscher Großstädte angepaßt werden. Dies gilt insbesondere für die einmaligen Hilfen. Wurden Sozialhilfeleistungen gewährt, muß von den Rückgriffsmöglichkeiten auf Unterhaltpflichtige auch Gebrauch gemacht werden. Die Stadt darf nicht weitgehend auf solche ihr zustehende Entlastungen verzichten.

Die Mittel der Stadt Hamburg, die an Zuwendungsempfänger gegeben werden, sind auf den Prüfstand zu stellen. Dazu muß klar definiert werden, welche Leistungen unabweisbar gefördert werden sollen. Darüber hinaus sollte durch klare Leistungsbeschreibungen, Ausschreibungen und Erfolgskontrollen 20 Prozent an Einsparungen erreicht werden.

Die Zuschüsse an öffentliche Unternehmen müssen reduziert werden, beispielsweise durch Privatisierung beim Öffentlichen Personen-Nahverkehr (ÖPNV).

Reduzierung der Zahl der Senatoren und Fachbehörden auf neun.

Sparen beginnt an der Spalte

Folgende öffentliche Unternehmen bzw. Unternehmensbeteiligungen müssen durch Verkauf oder Umwandlung privatisiert werden:

- * Hamburger Elektrizitätswerke (HEW),
- * Hamburger Hafen- und Lagerhausgesellschaft (HHLA),
- * Hamburgische Landesbank,
- * TEREG (Reinigungsgesellschaft),
- * Stadtreinigung Hamburg,
- * Hamburger Wasserwerke (HWW),
- * Hamburger Stadtentwässerung,
- * HADAG,
- * Villen und gewerblich genutzte Immobilien der SAGA,
- * Gewerbe-Immobilien der Sprinkenhof AG und
- * geeigneter öffentlicher Wohnungsbestand (vorrangig an Genossenschaften und Mieter).

Um in zehn Jahren einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen und mit dem Abbau der Schulden zu beginnen, sind folgende langfristig wirkenden Maßnahmen notwendig:

- * Verbesserung der Attraktivität des Standortes Hamburg durch wirtschaftsfördernde Wirtschaftspolitik (siehe dazu oben Ziffer 2).
- * Aufgabekritik in der öffentlichen Verwaltung: Die Aufgaben aller Behörden und Ämter müssen unter Vorgabe von Einsparzielen hinsichtlich der Rationalisierungspotentiale oder Vergabe an private Anbieter durchleuchtet werden. So könnte zum Beispiel das Amt für Strom- und Hafenbau (Unterhaltung der Hafenanlagen) privatisiert werden.

4. Wirtschaftsfördernde und umweltorientierte Verkehrspolitik

Die Verkehrspolitik für Hamburg und die Region muß vom Mobilitätsbedarf seiner Bürger unter Sicherung des Wirtschaftsstandortes ausgehen. Für die Metropole Hamburg ist eine leistungsfähige und moderne Infrastruktur notwendig. Hamburg ist Drehscheibe des nationalen und internationalen Verkehrs in Nordeuropa. Diese Schlüsselrolle muß ausgebaut werden, um Arbeitsplätze zu sichern.

**Mobilität
sichern**

Die derzeitige autofeindliche Politik in Hamburg muß beendet werden, ohne ökologische Notwendigkeiten und Anforderungen der nächsten Generation aus dem Auge zu verlieren. Die Vorteile der Mobilität müssen gegen das Problem steigender Umweltbelastung sorgfältig abgewogen werden.

Ebenso sind im Verkehrsablauf soziale, städtebauliche und wirtschaftliche Anforderungen zu beachten.

Die Grundvoraussetzung für die Leistungsfähigkeit der Metropole Hamburg ist ein leistungsfähiges Straßennetz. Die F.D.P. setzt sich für den Bau von Entlastungsstraßen ein (zum Beispiel A 26 von Stade zur A 7, Hafenquerspange, zusätzliche Elbquerungen). Angesichts leerer öffentlicher Kassen müssen privatwirtschaftliche Finanzierungskonzepte stärker genutzt werden.

Die Hauptverkehrsstraßen sind die Verkehrsadern der Stadt, die nicht durch künstliche, verkehrspolitisch unsinnige Maßnahmen gefährdet werden dürfen. Die Folge wäre sonst, daß der Verkehr sich verlagert und dadurch umliegende Wohngebiete und die Umwelt belastet.

Die Liberalen wollen die Sicherung der Leistungsfähigkeit des Vorbehaltensnetzes, das vom ÖPNV für seine Buslinien gebraucht wird.

Die Liberalen wollen den Verkehrsfluß mit intelligenten Mitteln (zum Beispiel Parkleitsystem in der City) und durch Abbau von Verkehrsschikanen optimieren, damit einerseits der Verkehrsfluß beim Individualverkehr erhalten bleibt und andererseits das freiwillige Umsteigen auf den ÖPNV motiviert wird. Hamburg soll Zentrum für modernes Verkehrsmanagement und zukunftsorientierte Verkehrstechnologie werden.

Der ÖPNV wird vom Bürger nur angenommen, wenn ihm dort eine vergleichbare oder bessere Geschwindigkeit, Bequemlichkeit und subjektive Sicherheit geboten wird, als er diese im Auto erfährt. Die Verlagerung vom Individualverkehr zum ÖPNV kann nicht verordnet werden; sie ist eine Frage der Attraktivität des ÖPNV.

**Attraktiver
ÖPNV**

Die F.D.P. setzt sich für die zügige Realisierung der Transrapidstrecke Hamburg - Berlin ein.

Die Liberalen wollen die Verabschiedung eines Verkehrsentwicklungsplanes, der die obigen Ziele berücksichtigt.

Die Wiedereinführung der Straßenbahn bzw. der Neubau einer Stadtbahn wird abgelehnt.

5. Ökologische Marktwirtschaft kontra ökologische Staatswirtschaft

Alle müssen umdenken: Konsumenten und Produzenten. Neue technische Verfahren zu höchst effizienter Stoff- und Energiewandlung müssen erforscht werden. Staatliche Rahmenbedingungen müssen so geändert werden, daß Umweltschutz und schonender Umgang mit Ressourcen zum Eigeninteresse von Unternehmen und Bürgern wird. Dies wird nach der Vorstellung der Liberalen durch den Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente erreicht, wie beispielsweise durch die Einführung von Umweltzertifikaten und eine Reform des Steuersystems, in der die fiskalische Belastung von Arbeitsplätzen abgebaut und die des umweltschädigenden Verbrauchs erhöht wird.

**Schonender
Umgang mit
Ressourcen**

Der Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente für den Umweltschutz muß vom Ordnungsrecht flankiert werden. Durch das Ordnungsrecht wird sichergestellt, daß das Ziel der Bewahrung der Umwelt auch da beachtet wird, wo es sich marktwirtschaftlich allein nicht durchsetzen kann. Das Ordnungsrecht muß allerdings so gestaltet sein, daß es Innovationen in der Umwelttechnik nicht hemmt.

**Umweltschutz
mit
marktwirtschaft-
lichen Instrumenten**

Umweltpolitik muß mit anderen Themen, zum Beispiel der Wirtschaft, dem Verkehr und der Stadtentwicklung, abgestimmt werden.

Neue Technologien und die Bewahrung der Umwelt bedingen sich.

Die F.D.P. setzt sich dafür ein, daß die Hamburger Hochschulen ihre ökologischen Forschungsvorhaben verstärken. Dies betrifft insbesondere die Bereiche der Klima- und Meeresforschung, der Solar- und Wasserstofftechnologie und die Entwicklung von Produkten aus Recyclingmaterialien. Dies sollte - wie von der TU Harburg zum Teil schon praktiziert - im engen Austausch mit privaten Unternehmen und Einrichtungen der Kammern geschehen.

**Neue Technologie
für Umweltschutz
nutzen**

Kreativität, höhere Produktivität und Flexibilität privater Unternehmen müssen für den Umweltschutz verstärkt genutzt werden. Die F.D.P. fordert daher den konsequenten Einsatz von privatem Management und Kapital beim Bau und Betrieb von Wasser-, Abwasser- und Abfallanlagen. Zur Kostensenkung und Effizienzsteigerung will die F.D.P. daher zum Beispiel die Hamburger Stadtreinigung bezirksweise oder nach Abfall- / Wertstoffen privatisieren.

Ziel der Müllentsorgungspolitik der F.D.P. ist die **Abfallreduzierung**. Die Verwertung von Abfällen ist auf das ökologisch Sinnvolle zu beschränken. Recycling darf nicht von Subventionen leben. Die Marktfähigkeit der Recyclingprodukte muß gewährleistet sein.

Die F.D.P. will Zukunftenergien fördern. Sie fordert die Energieerzeugung unter Beachtung ökologischer und ökonomischer Aspekte. Für die Zukunft setzt die F.D.P. auf Stromgewinnung aus erneuerbaren Energieträgern. Deren weitere Erforschung und deren Entwicklung zur Marktreife soll gefördert werden. Solange sie den Energiebedarf auch bei intensiver Steigerung der Energieproduktivität nicht decken können, kann auf die Kernenergie nicht verzichtet werden.

**Zukunftsentnergie
fördern**

Die Frage nach der weiteren Nutzung der Kernenergie darf nicht losgelöst von der Entsorgung, der Reaktorsicherheit, der CO2-Problematik und der Versorgungssicherheit behandelt werden. Ein isolierter Ausstieg Hamburgs würde zu Stromimporten aus Kernkraftwerken mit geringeren Sicherheitsstandards führen. Dies ist ebensowenig eine Lösung wie der Rückgriff auf fossile Energieträger.

Ziel ist eine bessere Energienutzung zur Schonung der Ressourcen und zur Verringerung des CO2-Ausstosses.

Die **Sanierung von belasteten Flächen** muß beschleunigt werden. Im Stadtstaat Hamburg sind die Flächen knapp. Die F.D.P. wird dafür sorgen, daß Sanierungsmaßnahmen standortgerecht und nutzungsbezogen durchgeführt werden.

**Flächensanierung
vor
Neuerschließung**

Für die Sanierung von Flächen für den Wohnungsbau oder für die Einrichtung von Kinderspielplätzen müssen andere Kriterien gelten als für die Sanierung von Gewerbefflächen.

Die Sanierung von brachliegenden belasteten Flächen muß Vorrang haben vor der Erschließung neuer Flächen.

Durch konsequente - auch staatlich geförderte - Weiterentwicklung von Anlagen und Verkehrsmitteln sind schädliche Emissionen zu senken, zum Beispiel durch bessere

Energieausnutzung und Untersuchungen zu neuen Technologien, zum Beispiel elektro-, gas- und wasserstoffgetriebene Fahrzeuge. Staatliche Eingriffe, zum Beispiel Rückbau von Straßen und Behinderung des Straßenverkehrs, sind abzulehnen.

Das auf weiten Strecken noch naturnahe Ökosystem der Mittelelbe ist zu erhalten. Für die Schifffahrt sind bestehende Kanalsysteme auszubauen und zu ergänzen. Anstrengungen zur weiteren Senkung der Schadstoffkonzentration in der Elbe sind weiterzuführen, um die Elbe für die Fischerei wieder nutzbar zu machen und ihren Freizeitwert zu erhalten.

6. Liberale Stadtentwicklungspolitik

Die wachsende Metropole Hamburg braucht eine liberale Stadtentwicklungspolitik, nämlich:

- * die Erschließung von Bauland sowie die Bereitstellung durch den Verkauf von stadteigenen Liegenschaften;
- * die Umwandlung von geeigneten Kleingartenanlagen in Bauland: Bei der Vergabe von auf solchen Flächen geschaffenen Wohnungen werden betroffene Kleingärtner bevorzugt; das gleiche gilt, wenn solche Flächen für Ein- oder Zweifamilienhäuser parzelliert werden;
- * der Verkauf städtischer Wohnungen an Mieter;
- * ein Hamburger Programm für Wohnungseigentum;
- * die Unterstützung der Bildung von Baugenossenschaften;
- * die Beschleunigung des Baugenehmigungsverfahrens;
- * die Reduzierung der Bauvorschriften auf den erforderlichen Kern;
- * die Unterstützung eines Modellversuchs, Wohnungen in Büroflächen zu integrieren, und
- * die Verdichtung in Wohngebieten, in denen das geltende Planungsrecht dies zuläßt.

**Arbeiten und
Wohnen mischen**

II.

Die Sicherung der Zukunftsfähigkeit Hamburgs

**Für die Zukunft der nächsten Generation
durch eine verantwortliche Bildungspolitik
Für Chancengleichheit ohne Gleichmacherei von der Allgemein-
bildung über die beruflichen Bildung bis zur Hochschule
Die kulturelle Vielfalt Hamburgs erhalten**

Unsere Zukunft ist unser Wissen und das Wissen der nächsten Generationen. Die Träger der Kinder- und Jugendhilfe, die Schulen und die in Hamburg ansässigen wissenschaftlichen Forschungsinstitute und Forschungseinrichtungen sowie die Hochschulen sind eine wesentliche Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung der Region und für die Zukunftssicherung des Standortes Hamburg. Bildung und Ausbildung, Forschung und Technologie sind vordringliche Aufgaben für jegliche Zukunftssicherung und Zukunftsgestaltung.

1. Allgemeinbildende Schulen

Ausgangspunkt liberaler Schulpolitik sind die einzelnen jungen Menschen mit ihren unterschiedlichen Lernvoraussetzungen und Förderbedürfnissen. Der Auftrag der Schule beinhaltet neben der Vermittlung von Kenntnissen und Fertigkeiten die Erziehung zu selbstständigem Denken, zur Kritikfähigkeit, Selbstkritik, Selbstdisziplin, Toleranz, Zivilcourage, Kreativität und zur Mitmenschlichkeit, zum verantwortungsvollem Umgang mit der Umwelt und neuen Technologien. Eine breite Allgemeinbildung, die Anleitung zu lebenslangem Lernen und die Erziehung zu persönlicher Leistungsbereitschaft sind für die bestmöglichen Startchancen junger Menschen und ihre Vorbereitung auf die Berufswelt unverzichtbar.

**Leistungsbereit-
schaft fördern**

Die Startbedingungen müssen allen die gleiche Chance geben. Es ist der pädagogische Auftrag der Schulen, jeden einzelnen jungen Menschen seinen Begabungen gemäß zu fördern und zu fordern. Förderung muß individuell sein. Gleichmacherei geht an den Bedürfnissen aller vorbei, auch wenn sie uns als Integration schmackhaft gemacht werden soll.

Die F.D.P. setzt sich für ein differenziertes Schulangebot ein, das den besonders begabten Schüler ebenso fördert wie den Lernschwachen.

**Differenziertes
Schulangebot**

Behinderten muß die bestmögliche Förderung zuteil werden, sowohl im Rahmen des Regelschulwesens als auch an den entsprechenden Sonderschulen. Die Integrationsangebote an Regelschulen sind auszubauen, jedoch nicht gegen den Willen der betroffenen Eltern.

Die F.D.P. fordert daher die gleichrangige und bedarfsgerechte Förderung der verschiedenen Schulformen, das heißt: ein vielfältiges Schulangebot bestehend aus Grund-, Haupt- und Realschulen, Gymnasien und Gesamtschulen und den Erhalt und die Weiterentwicklung von Sonderschulen. Dieser Vielfalt haben Bildungs- und Lehrpläne Rechnung zu tragen.

**Gleichrangige
Förderung aller
Schulen**

Das Schulsystem muß so gestaltet sein, daß bei entsprechender Leistungsentwicklung der Wechsel zwischen den verschiedenen Schulformen möglich ist.

Die Privatschulen sind als Teil eines differenzierten, vielfältigen Schulangebots ange- messen zu fördern.

Die F.D.P. will die **Reform der Grundschule**. Die Grundschule braucht mehr Zeit für einen kindgerechten Wechsel von Anspannung und Entspannung: für Unterricht, Spiel und Bewegung, Übungsphasen und individuelle Förderung. Der Unterricht soll nicht von Betreuungszeiten eingerahmt werden; Phasen des Lernens, des Übens und des Spielens sollen sich abwechseln und sich der Leistungskurve der Kinder anpassen. Die sachgerechte Einführung der verlässlichen Halbtagsgrundschule ist ein wichtiger und notwendiger Reformschritt.

Reform der Grundschule

Die Reform droht in Hamburg jedoch zu scheitern, da sie von den bislang politisch Verantwortlichen den Eltern mit gravierenden Mängeln gegen ihren Willen aufgezwungen werden soll. Die personellen, sachlichen und räumlichen Voraussetzungen sind bislang mangelhaft; sie müssen erst geschaffen werden. Die Mittel dafür dürfen nicht durch Einsparungen bei der sozialpädagogischen Förderung, bei den Teilungsstunden oder im Hortbereich beschafft werden. Bereits jetzt sind unverantwortliche Lücken in anderen Schulformen gerissen worden.

Die F.D.P. will daher unverzügliche Korrekturen:

Es darf keine von oben verordnete flächendeckende Einführung unter unzureichenden Rahmenbedingungen geben. Statt dessen müssen die Schulen selber nach Prüfung ihrer Möglichkeiten entscheiden dürfen, wie und in welchen Schritten sie die Reform umsetzen wollen. Dabei müssen Engagement und Erfahrung aller Beteiligten vor Ort - auch aus dem Hort- und Vorschulbereich - aufgenommen und in die Reform einbezogen werden.

Die F.D.P. will, daß die Eltern selbst entscheiden können, auf welche Grundschule sie ihre Kinder schicken wollen.

Die Schule muß eine **verlässliche Vorbereitung auf die jeweils nächste Anforderungs- stufe gewährleisten**.

Auf jeder Schulstufe müssen klar formulierte "Standards" erreicht werden. Eindeutige Übergangskriterien von einer Schulstufe in die folgende vermeiden nicht zuletzt Versagensängste und Demotivation.

Die Abschlüsse der einzelnen Schulformen müssen klar umrissen und die Zeugnisse aussagekräftig sein, um den Schülern den Einstieg in das Berufsleben oder in eine Weiterqualifikation auf anderer Ebene zu erleichtern.

Verbindliche Abschlußkriterien

Berichte über Lernerfolg und Lernzuwachs sind eine notwendige Ergänzung, aber (ab der 3. Klasse) kein Ersatz für Notenzeugnisse.

Die F.D.P. setzt sich für die **Vorverlegung des Abiturs** durch individuelle Gestaltung der Schullaufbahn ein. Dies könnte zum Beispiel durch die Möglichkeit einer früheren Einschulung und durch eine Neugliederung der Lerninhalte der Vorstufe, um deren Überspringen zu erleichtern, bewirkt werden. So werden die Bedingungen für leistungsfähige Schüler verbessert, das Abitur nach zwölf Jahren zu erreichen. Im Rahmen der

Abitur nach 12 Jahren

Schulautonomie sollen Gymnasien die Möglichkeit erhalten, das Ablegen des Abiturs in zwölf Jahren als kennzeichnendes Profil der Schule anzubieten.

2. Berufliche Bildung

Die F.D.P. hält fest am dualen System der beruflichen Bildung, hält es aber noch für ausbaufähig. Es muß den geänderten Herausforderungen Rechnung tragen und in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit Kammern und Innungen weiterentwickelt werden.

Die F.D.P. setzt sich dafür ein, bei den Ausbildungsangeboten die unterschiedliche Qualifikation der Jugendlichen noch mehr zu beachten.

Die Angebote der beruflichen Bildung müssen weiter aufgefächert und differenziert werden.

Immer mehr Berufsschülerinnen und Berufsschüler schließen ihre Ausbildung ohne Qualifikation ab. Der Grund ist, daß sie Mühe haben, den an sie gestellten Anforderungen gerecht zu werden. Die Folge ist, daß eine Anstellung im angestrebten Berufsfeld unmöglich wird, zumal das Anforderungsprofil auch in sogenannten einfachen Berufen gestiegen ist.

Die F.D.P. will die Ausbildung nach einem Baukastensystem. Basisqualifikationen und Zusatzqualifikationen sollen allen einen qualifizierenden Abschluß ermöglichen.

Gestufte Ausbildungsgänge

Schon nach einer Basisphase erhalten die Jugendlichen einen - wenn auch nur für ein eingeschränktes Tätigkeitsfeld - berufsqualifizierenden Abschluß.

Je nach Fähigkeiten können dann entweder sofort oder später weitere Qualifikationen vom Gesellenbrief bis zum Meister oder Techniker erworben werden.

Mit dieser Flexibilisierung der Ausbildungsgänge wird den unterschiedlichen Leistungsprofilen der Berufsanfänger einerseits und den jeweils im Beruf an sie gestellten Anforderungen andererseits Rechnung getragen.

Die Organisation des Unterrichts der Berufsschulen muß sich stärker an den Bedürfnissen der Ausbildungsbetriebe orientieren (Teilzeit oder Blockzeit). Es wäre zum Beispiel sinnvoll, im Baugewerbe die Berufsschulausbildung stärker auf die Wintersaison zu konzentrieren.

Flexible Verzahnung von Betrieb und Schule

Private Initiativen zur beruflichen Qualifikation von Jugendlichen ohne Hauptschulabschluß sind zu fördern.

Der Maastrichter Vertrag fordert in Artikel 127 die Erleichterung der Aufnahme einer beruflichen Bildung sowie die Förderung der Mobilität der Ausbilder und der in der beruflichen Bildung befindlichen Personen, insbesondere der Jugendlichen. Dies wird die Hamburger F.D.P. umsetzen.

3. Neue Lehrer

Schule braucht die stetige fachwissenschaftliche und didaktische Fortentwicklung. Die veränderten gesellschaftlichen Anforderungen an das, was Schulen heute zu leisten haben, setzen überdies eine sozialtherapeutische Zusatzausbildung aller Pädagogen voraus. Schulen, an denen auch die jüngsten Lehrer mehr als 25 Jahre Abstand von ihrer Universitätsausbildung haben, droht eine folgenschwere Verkrustung.

Die Liberalen halten eine kostenneutrale Neuorientierung der Personalpolitik im Bildungsbereich für dringend erforderlich.

4. Schulautonomie

Die F.D.P. setzt sich für eine stärkere Profilbildung der Schulen als Mittel zu steigendem Wettbewerb und Qualität in der Schullandschaft ein. Dazu fordert sie eine stärkere Eigenverantwortung für die Bereiche: inhaltliche und pädagogische Schwerpunktsetzungen, Mittelbewirtschaftung, Personaleinstellung, außerunterrichtliche Aktivitäten und Öffnung zu Stadtteilangeboten.

Eigenverantwortung stärken

Autonomie heißt aber nicht Beliebigkeit. Ziel und Rahmen werden weiterhin vom Staat vorgegeben, kontrolliert und verantwortet. Dies gilt insbesondere für die Abschlußqualifikationen. Durch die Autonomie der einzelnen Schulen dürfen die Qualität und die Vergleichbarkeit der Abschlüsse nicht ausgehöhlt werden.

Die Autonomie der Schulen durch Mehrheitsentscheidungen ihrer Gremien muß allerdings ihre Grenze dort haben, wo das Demokratie- und Rechtsstaatsgebot des Grundgesetzes und der Hamburger Verfassung grundsätzliche Entscheidungen den dafür legitimierten Gremien, also den Parlamenten und den ihnen unmittelbar verantwortlichen Verwaltungsinstanzen vorbehält. Autonomie der Einzelschule darf nicht soziale Unterschiede fördern und das Recht der Kinder auf gleiche Chancen behindern.

5. Schulgesetz

Der vorliegende Schulgesetzentwurf wird von der F.D.P. abgelehnt, da er den von den Liberalen aufgestellten Kriterien nicht gerecht wird. Im Schulgesetzentwurf werden dem SPD-Konzept "Gemeinsames Lernen" alle weiteren Zielsetzungen untergeordnet. Insbesondere Leistungsforderung und individuelle Förderung spielen - wenn überhaupt - nur eine untergeordnete Rolle.

Es muß Schluß sein mit dem unbeholfenen Flickwerk, das der derzeitige Senat als Reform verkaufen möchte. Sozialdemokratische Bildungspolitik in Hamburg droht, das Schulwesen zu einer Naturidylle auf Kosten der Startchancen Hamburger Schüler außerhalb der Stadt zu verändern.

6. Kinder und Jugendhilfe

Angebote und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe sollen einerseits Eltern in ihrem Erziehungsauftrag unterstützen, andererseits dazu beitragen, daß Kinder und Jugendliche einen eigenständigen, selbstbestimmten Weg gehen lernen.

Kinder und Jugendliche sind wesentlich ungeschützter unterschiedlichsten, zum Teil widerstreitenden Interessen und sehr kontroversen Angeboten, ausgesetzt - insbesondere in der Großstadt. Kinder- und Jugendhilfe muß darauf reagieren und dazu beitragen, eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten bzw. zu schaffen.

Die F.D.P. verlangt die konsequente Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips. Freie Träger müssen Vorrang vor staatlichen Trägern haben. Besonders in den regionalen Einzugsbereichen sind Angebote und Leistungen mit den Freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe auf der Grundlage kleinräumiger und regionaler Bedarfseinschätzungen abzustimmen.

**Vorrang für
Freie Träger**

Das zusammen bedeutet, daß die Freien Träger - wie im Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) vorgesehen - auch in Hamburg bereits bei Eintritt in das Planungsstadium in das Verfahren einbezogen werden müssen.

Von Bediensteten der Hansestadt aus den Ämtern heraus gelenkte sogenannte Freie Träger stellen eine Aushöhlung des Subsidiaritätsprinzips dar. Sie sind zu entflechten; ihre Aktivitäten und finanziellen Förderungen aus öffentlichen Haushalten sind den auch de facto Freien Trägern zu übertragen. Diese sind dadurch qualifiziert, daß sie einen meßbaren finanziellen Eigenanteil aufbringen.

Die Einführung des "Neuen Steuerungsmodells" (NSM) im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe wird begrüßt; auch Kinder- und Jugendhilfe muß Rechenschaft über den "Output" vorweisen, also darsstellen können, mit welchem Erfolg öffentliche Zuwendungen eingesetzt wurden.

Die Gefahren der Standardisierung und Normierung der Angebote werden gesehen. Die F.D.P. hält es für wichtig, daß auch im Rahmen des "Neuen Steuerungsmodells" ausreichend Freiheit bleibt für neue Ansätze und Modelle, die auch auf das Risiko des Scheiterns zu wagen und damit zu finanzieren sind.

7. Hochschulen

Die Hochschulen und wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen Hamburgs leisten Schrittmacherdienste für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung der norddeutschen Region.

Das hier produzierte "Wissenskapital" stützt neben dem "Wirtschaftskapital" ihre Zukunftsfähigkeit.

Die SPD-Regierung mißt dagegen der Wissenschafts- und Forschungspolitik einen geringen Stellenwert zu. Die daraus resultierenden überproportionalen Belastungen der Hochschulen durch Sparmaßnahmen führen zur Zerstörung grundlegender Strukturen und zur Vernichtung von Ausbildungsplätzen zu Lasten Hamburgs und der norddeutschen Region. Herausragende wissenschaftliche Leistungen können somit in Hamburg

**Wissenschaft und
Forschung fördern**

kaum noch erbracht werden. Dem setzen die Liberalen ihr Konzept einer gezielten Förderung von Wissenschaft und Forschung entgegen, das trotz notwendiger Haushaltskonsolidierungen noch Anreize für neue Konzepte und Wettbewerb bietet.

Die F.D.P. fordert nachdrücklich die zügige Realisierung des IV. Bauabschnitts und die Aufnahme von Planungen für den weiteren Ausbau der **Technischen Universität Hamburg-Harburg**. Sie ergänzt das Studienangebot in Hamburg um den wichtigen technisch-wissenschaftlichen Bereich und leistet hervorragenden Technologietransfer in ihrer Zusammenarbeit mit der Wirtschaft der Region.

Die Liberalen fordern den weiteren Ausbau der **Fachhochschule Hamburg**. Sie ist die Einrichtung, die den gesellschaftlichen Bedarf an einer großen Zahl berufsfeldnah und in einem straffen Zeitrahmen ausgebildeter Studenten erfüllen kann. Insbesondere sollen dienstleistungsorientierte Studienangebote weiterentwickelt und eingeführt werden, wie zum Beispiel Gesundheits- und Pflegemanagement, Recht, Außenwirtschaft.

Die **Universität Hamburg** hat den Hauptteil der Bildungsexpansion unter nicht adäquaten räumlichen und finanziellen Bedingungen getragen. Sie soll von dieser quantitativen Last befreit werden, um Kraft zur Reform zu finden, die auf allen Ebenen unumgänglich ist. Dazu gehören:

- * eine inhaltliche und formale Studienreform mit Studiengängen, die einen beruflich verwertbaren Zwischenabschluß erlauben und in angemessener Zeit studierbar sind,
- * die Verbesserung der Studienbedingungen (Bibliotheksausstattung, Tutorien, fachliche Studienberatung), damit Regelstudienzeiten nicht Makulatur bleiben,
- * die Änderung der Personalstruktur zugunsten eines stärkeren Wissenschaftlichen Mittelbaus zur Unterstützung der Lehrenden und zum Ausgleich der Erhöhung der Lehrverpflichtung für Professoren auf zehn Semesterwochenstunden und
- * die Reorganisation der Verwaltung und der Selbstverwaltung zur Stärkung der dezentralen Entscheidungsebenen, damit Ressourcenverantwortung wahrgenommen werden kann.

Die einzelnen Kliniken und Institute des **Universitätskrankenhauses Eppendorf** (UKE) müssen hinsichtlich ihrer Verantwortung im Umgang mit den Patienten stärker als bisher in die Pflicht genommen werden. Unabhängig von dieser Forderung ist die Stärkung der wirtschaftlichen Eigenverantwortung des UKE und ihrer Kliniken unabweisbar.

Die **Hochschule für Wirtschaft und Politik** (HWP) soll auch künftig eine Institution des Zweiten Bildungsweges sein. Darüber hinaus soll sie als eigenständige Hochschule im Bereich der fortschreitenden europäischen Integration innovative Lehrangebote entwickeln sowie neue Studienschwerpunkte für das mittlere Management der öffentlichen und allgemeinen Verwaltung, der Rechtspflege und der Steuerverwaltung setzen. Die Liberalen wollen im Gegenzug insoweit die nicht mehr zeitgemäße und vergleichsweise teure Fachhochschule für Öffentliche Verwaltung als exklusive Ausbildungsstätte der Hamburger Verwaltung schließen.

Senat und Bürgerschaft müssen durch gemeinsame Initiativen mit Kammern und Verbänden sowie durch Kooperation mit den anderen norddeutschen Ländern erreichen,

Ausbau
Technische
Universität

Fachhochschulen
stärken

Reformen für die
Universität

daß wichtige **Forschungseinrichtungen**, zum Beispiel im Bereich der Klimaforschung, der Meeresbiologie und der Biotechnologie in ihrem Bestand gesichert werden und durch Bündelung von Ressourcen die Chance zur weiteren Entwicklung erhalten.

Die F.D.P. tritt für einen breiteren wissenschaftspolitischen Handlungsspielraum auf Länderebene ein, um inhaltliche und institutionelle Veränderungen - ggf. im Modellversuch - erproben zu können, um Maßnahmen zur teilweisen Eigenfinanzierung der Hochschulen zu unterstützen und um die Identifikation von Lehrenden und Lernenden mit ihrer Einrichtung zu fördern. Die Liberalen fordern deshalb, daß sich Hamburg auf Bundesratsebene für die Einführung einer **Experimentierklausel** im Hochschulrechtsrahmen gesetzt.

Unter Verzicht auf ein - kaum erzielbares - Einvernehmen der Länder erlaubt der dadurch erweiterte Handlungsspielraum eigene Lösungsansätze und Modellversuche, zum Beispiel auch im Hinblick auf:

- * ein eigenes Auswahlverfahren im Rahmen der Zulassung zum Studium,
- * die Steuerung des Studienverlaufs durch Bildungsgutscheine (auch Teilzeitstudium),
- * Studiengebühren, die nach beendetem Studium erhoben werden (Nachfinanzierungsmodell) und unmittelbar der Verbesserung der Studienbedingungen an den Hochschulen zugute kommen sollen,
- * Leistungsanreize durch gezielte Zuweisung von Sach- und Personalmitteln an die Fachbereiche und Institute nach Leistung und Belastung, sowie
- * leistungsfähige Organisationsstrukturen an den Hochschulen.

Bildungsgutscheine

Kurz: Die F.D.P. fordert, den Weg für eine Profilierung der Hochschulen und damit für internen und externen Wettbewerb zu erproben und zu öffnen.

8. Kultur

Die weitere Entwicklung unserer freiheitlichen Gesellschaft wird wesentlich davon abhängen, in welchem Maße die Kreativität von einzelnen wirken kann. Kultur ist ein großes Experimentierfeld, auf dem mit kritischem Geist, Mut und Weltoffenheit Tradition gepflegt und Innovatives geschaffen wird, deren Impulse in die Gesellschaft hineinwirken.

Kultur prägt entscheidend die geistigen Grundlagen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Handelns. So wirkt Kultur Tendenzen der Erstarrung, Bürokratisierung und Standardisierung entgegen.

Auch in kultureller Hinsicht hat Hamburg Metropolfunktion. Hamburg muß die kulturelle Grundversorgung seiner Bürgerinnen und Bürger sicherstellen. Private müssen motiviert und ermutigt werden, kulturelle Einrichtungen und Ereignisse mitzufinanzieren.

Kulturelle Grundversorgung erhalten

Die F.D.P. will die **Bücherhallen** für die Stadt Hamburg als Einrichtung einer kulturellen Grundversorgung erhalten. Neben einer modernen Führungsstruktur brauchen die

Hamburger Öffentlichen Bücherhallen (HÖB) vor allem ein optimiertes Standortkonzept, das die Integration dezentraler Bücherhallen in bestehende soziale oder schulische Einrichtungen vorsieht, um Miet- und Verwaltungskosten zugunsten höherer Medienetats zu sparen. Zudem sollten sich die HÖB verstärkt um die Gewinnung von Partnern aus den Bereichen Verlage und Medienunternehmen bemühen.

Die F.D.P. setzt sich dafür ein, die vielfältige Museenlandschaft zu erhalten. Die F.D.P. hält die Verselbständigung der **Museen** für einen richtigen Schritt. Sie werden durch stärkere Eigenverantwortlichkeit im wirtschaftlichen und planerischen Handeln flexibler. Die Stadt Hamburg darf sich allerdings ihrer Verantwortung für die Grundausstattung nicht entziehen.

Die Liberalen appellieren an die Leiter der Museen, neben "Super-Events" in regelmäßigen Abständen auch Exponate aus ihren eigenen Beständen ans Licht der Öffentlichkeit zu befördern. Darin erweist sich die Wertschätzung für die Sammlungen, die häufig von Hamburger Bürgerinnen und Bürgern zusammengetragen wurden. So werden Bürgerinnen und Bürger von heute angeregt, sich für die Museen zu engagieren.

Die **Theaterlandschaft** in Hamburg ist kreativ und vielfältig. Theater müssen allerdings differenziert subventioniert werden. Die großen staatlichen Spielstätten sind unverzichtbar. Um die Vielfalt der staatlichen wie auch der privaten Theater bei knapper werden den öffentlichen Mitteln zu sichern, bedarf es grundlegend neuer Konzepte (zum Beispiel En-suite-Bespielung zur Vermeidung hoher Umbaukosten).

Neue Konzepte zur Erhaltung der Vielfalt

Die **Kulturfabrik Kampnagel** ist nur dann überlebensfähig, wenn sie mit neuen Konzepten und Strukturen arbeitet. Nach den Vorstellungen der Liberalen soll das Grundstück der Kulturfabrik Kampnagel aus dem Vermögen der Hansestadt in eine "**Stiftung Kampnagel**" überführt werden. Die Stiftung soll Kampnagel eigenverantwortlich und ohne staatliche Einflußnahme weiterführen. Zur Erreichung des Stiftungszwecks soll der Stiftung ermöglicht werden, die im Bebauungsplan vorgesehene Randbebauung durch den Verkauf des Geländes an Investoren umzusetzen und die Erlöse im Stiftungssinne einzusetzen. Die Stiftung muß eigenständige Budgets aufstellen und verantworten. Der Stiftungsvorstand muß gleichermaßen von künstlerischem und kaufmännischem Sachverstand getragen werden. Nur auf diese Weise lassen sich endlich auf diesem Gelände langgehegte Planungen zur Nutzung durch Medienunternehmen, Kleingewerbe, Büros und weiterhin die Fortentwicklung des interessanten kulturellen Ortes Kampnagel, der über Hamburg hinaus einen bedeutenden Ruf hat, verwirklichen.

Hamburgs kulturelle Identität ist verknüpft mit dem Schutz der erhaltenswerten Bausubstanz. Die Hamburger Liberalen setzen sich für die **Pflege des unverwechselbaren Stadtbildes** ein, um historische Stadtbereiche und Bauwerke zu erhalten und zu schützen. Im gleichen Maße muß im jetzigen und künftigen Interesse der Bürger dieser Stadt der Verslumung von Wohngebieten entgegengewirkt werden. Liberale legen Wert darauf, daß künftig bei allen Planungen "Handel und Wandel" im Wohnumfeld der Bürgerinnen und Bürger zugelassen werden.

III.
Das Verhältnis von Bürger und Staat

Für eine bürgerliche Verwaltung
Für freie Bürger in einem starken Staat
Für eine funktionierende Justiz

Ohne die F.D.P. wird die erforderliche Neuorientierung in Hamburgs Staat und Gesellschaft nicht gelingen. Jetzt heißt es: Die Zukunft Hamburgs gestalten.

Die Gemeinschaft der Bürgerinnen und Bürger bildet unseren Staat. Er darf nicht an Egoismen Einzelner oder einzelner Gruppen zerfallen. Unsere Gemeinschaft verlangt gegenseitige Verantwortung und die Übernahme von Pflichten.

**Liberale
Bürgergesellschaft**

Die Grundrechte sind in unserer Geschichte von Liberalen erkämpft worden. An ihnen halten wir fest und verteidigen sie.

Ein Grundübel unserer Gesellschaft ist die immer größer werdende Bereitschaft zur Gewalt. Gewalt darf weder im Straßenverkehr, noch an Schulen, noch im Umgang miteinander alltäglich werden. Der Schutz aller Bürgerinnen und Bürger für ein friedliches und freiheitliches Zusammenleben muß gewährleistet bleiben. Die Freiheit des Einzelnen hat dort ihre Grenzen, wo sie zur Unfreiheit der Anderen führt. Dies gilt für den Staat und die Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen.

Eine staatliche Gemeinschaft läßt sich auf der Basis bloßer Rechte der Bürger nicht begründen. Sie verlangt auch gegenseitige Verantwortung und Pflichten. Sie verlangt auch die Gewährleistung von Rechtssicherheit und Rechtsstaatlichkeit.

Die F.D.P. fordert eine umfassende Bekämpfung der Scientology-Sekte mit allen rechtlichen Möglichkeiten. Die Aufklärung über die von den Scientologen ausgehende Gefahr für die Freiheit des Einzelnen und unserer Gesellschaft muß deutlich verstärkt werden.

1. Schlanker und effektiver Staat

Bürokratie begegnet uns allen fast täglich. Sie ist die lästige Seite der öffentlichen Verwaltung. Bürokratie hemmt die Dynamik und Beweglichkeit der Bürgerinnen und Bürger. Das Ausfüllen schwer verständlicher Formulare, langwierige Genehmigungsverfahren und umfangreiche Meldepflichten kosten Zeit und Geld.

Bürokratieabbau

Die Verwaltung muß leistungsfähiger, sparsamer und bürgerfreundlicher werden: Die F.D.P. fordert weniger Gesetze, Verordnungen und Vorschriften. Bürger und Bürgerinnen müssen wieder die Chance haben, ihre Anliegen auch ohne die Hilfe von Fachleuten und Insidern durchzusetzen. Daher müssen Gesetze und Verordnungen klar und verständlich formuliert sein.

Die F.D.P. geht davon aus, daß Bürgerinnen und Bürgern grundsätzlich das gleiche Recht auf die Informationen der Regierungen und Verwaltungen wie die von ihnen

gewählten politischen Gremien und deren Einrichtungen haben. Deshalb sollen alle Informationen zugänglich gemacht werden; nur das Datenschutzgesetz darf die allgemeine Verfügbarkeit von Informationen begrenzen. Die modernen Informationstechniken bieten die Chance des umfassenden Informationszugangs für die Bürger.

Die F.D.P. fordert, mehr als bislang staatliche Aufgaben an private oder gemeinnützige Träger abzugeben.

Hamburg braucht dringend eine Reform seiner aufgeblähten Verwaltung. Stadtstaatliche und bezirkliche (kommunale) Aufgaben müssen klar voneinander abgegrenzt werden.

Die F.D.P. fordert die Einrichtung von Bürgerbüros in den Verwaltungen, in denen alle wesentlichen Dienstleistungen der Verwaltung für die Bürgerinnen und Bürger erbracht werden (von einer Reisepaßverlängerung bis zu einer Gewerbeerlaubnis, von der Wohnsitzummeldung bis zur Beantragung von Wohngeld usw.).

Bürgerbüros

Die Chancen der modernen Informationstechnologie (zum Beispiel Internet, Online-Dienste und E-Mail-Services) müssen von der Verwaltung genutzt werden, um Bürgern und Betrieben überflüssig gewordenen Zeitaufwand und lange Dienstwege zu ersparen. Formulare müssen beispielsweise grundsätzlich elektronisch beziehbar sein.

Die Veränderungen müssen an der Spitze beginnen. Deshalb fordern wir eine Konzentration in der Regierungsorganisation. Der zukünftige Senat darf nur noch aus höchstens neun Fachbehörden und Senatoren bestehen. Die F.D.P. fordert deshalb unter anderem die Integration der Stadtentwicklung in die Baubehörde sowie die Zusammenlegung von Wissenschafts- und Kulturbehörde.

9 Senatoren

2. Verwaltungsreform für Hamburg

Hamburg braucht dringend eine Reform seiner aufgeblähten Verwaltung. Es muß ernst gemacht werden mit dem Abbau überflüssiger Bürokratie. Ziel und Forderung sind, daß mit einer Verwaltungsreform die Verwaltungskosten gesenkt, die Verfahrensabläufe verkürzt und endlich eindeutige Zuständigkeiten zwischen der Bezirks- und der Landesebene hergestellt werden.

Der Obrigkeitstaat gehört der Vergangenheit an. Die Verwaltung ist für den Bürger da und nicht umgekehrt. Die Hamburger Verwaltung muß eine dienstleistende und effiziente Verwaltung werden, die den Bürger nicht bevormundet.

Verwaltung ist für den Bürger da

Die F.D.P. fordert unter anderem die folgenden Maßnahmen:

- * Trennung von staatstaatlichen und bezirklichen Aufgaben unter klarer abschließender Zuweisung an den jeweiligen Bereich;
- * Zuständigkeit der Bezirke für die Bauleitplanung, das Aufstellen der Bebauungspläne und die Grün- und Landschaftsplanung bei Beibehaltung der Mitwirkung der Bezirksversammlung;
- * eine ergebnisorientierte Verwaltung, in der durch klare Kompetenzen die Aufgaben effizient gelöst werden;

Klare Zuständigkeiten schaffen

- * Abschaffung der Mehrfachbefassung in den bezirklichen Ausschüssen und in der Verwaltung;
- * Einführung bezirklicher Haushalte für disponibile Bezirksaufgaben, beispielsweise auch für die regionale Kulturarbeit;
- * mehr demokratische Kontrolle, mehr Bürgermitwirkung und mehr Bürgernähe durch die Verwaltungsreform;
- * weiterhin die Direktwahl des Bezirksamtsleiters durch die Bezirksversammlung und mittelfristig nach entsprechender Änderung der Hamburger Verfassung die Wahl der Bezirksamtsleiter / der Bezirksbürgermeister durch die bezirkliche Wahlbevölkerung;
- * die Erweiterung der Einflußmöglichkeiten der Wählerinnen und Wähler auf die Zusammensetzung der Bürgerschaft und der Bezirksversammlungen und die Rangfolge auf den von den Parteien vorgeschlagenen Listen durch Kumulieren und Panaschieren bei der Listenwahl; im Gegensatz dazu ist die Einführung von Wahlkreisen entbehrlich, da sie die Bürgernähe nicht erhöht;
- * die Kontrollmöglichkeit der Wahlleiter und Wahlausschüsse, die Kandidatenaufstellung der Parteien zu überprüfen.

**Kumulieren und
Panaschieren**

3. Nordstaat

Die Liberalen wollen den Nordstaat. Hamburgs Grenzen sind zu eng geworden. Sie müssen durch eine regionale Zusammenarbeit vielfältig durchbrochen werden, wobei eine Auflockerung nicht nur wirtschaftsbestimmt sein kann, sondern auch andere Bereiche - Verkehrs- und Umweltschutzplanung, kultureller Austausch, gemeinsame Nutzung von Einrichtungen, diesseits und jenseits der hamburgischen Grenze - erfassen muß.

**F.D.P. für
Nordstaat**

Dies erfordert von den Liberalen einen schwierigen, aber notwendigen Diskussionsprozeß mit den Bürgern der Nachbarländer, um sie von der Notwendigkeit für alle, für einen größeren staatlichen Zusammenschluß, den Nordstaat, zu überzeugen, mit dem Norddeutschland wieder seine Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen Regionen erlangt. Ein Zusammenschluß kleinerer Bundesländer wird auch langfristig zu einer Kostenenkung bei der politischen Führung einschließlich der Ministerialverwaltung und in den Parlamenten führen.

Anzufangen ist mit gemeinsamen Institutionen. Die Hamburger F.D.P. setzt sich für eine, die norddeutschen Länder übergreifende, Medienanstalt ein, getragen von Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Bremen und Hamburg.

4. Liberale Gleichstellungspolitik

Die F.D.P. tritt ein für die Schaffung für Möglichkeiten zur individuellen Lebensgestaltung von Männern und Frauen ohne gesellschaftliche Benachteiligungen. Bürgerinnen und Bürger sollen künftig ihren Lebensentwurf stärker als bisher selbst bestimmen und

frei wählen können: zwischen Beruf und Familie, Ehrenamt, Karriere, sei es ständig, einzeln oder aber im Wechsel. Die Entscheidungsfreiheit des einzelnen hat für Liberale dabei absolute Priorität - vor volkswirtschaftlichen oder parteipolitisch ausgerichteten "Bevormundungsprogrammen".

Zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Der gesellschaftlichen Entwicklung, den veränderten Familienstrukturen und dem Wunsch vieler Menschen nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist durch ein ausreichendes Angebot an staatlichen, kirchlichen und privat organisierten Kinderbetreuungsplätzen, wie zum Beispiel Krippen, Tagesmütter und Horte Rechnung zu tragen. Die F.D.P. fordert dort, wo Bedarf besteht, die Einrichtung von Ganztagschulen.

Das Wirtschaftsleben braucht qualifizierte Frauen - nicht nur Männer. Der Arbeitsmarkt läßt einen höheren Bedarf an qualifizierten Fach- und Führungskräften aufgrund veränderter Strukturen von Märkten und Unternehmen erwarten. Eine gleichberechtigte Teilnahme von Frauen am qualifizierten Berufsleben hat nur dann Zukunft, wenn die Arbeitswelt sich in ihrer Einstellung zur Berufstätigkeit qualifizierter Frauen weiterentwickelt und auch den Mut zu kreativen Lösungsansätzen zeigt. Die F.D.P. fordert daher ein verstärktes Angebot an Arbeitsplätzen "nach Maß", das sowohl für Frauen und Männer gilt und ein gleichzeitiges Engagement in Beruf und Familie ermöglicht.

Betriebe und Unternehmen sind aufgefordert, verstärkt Ausbildungsangebote für Mädchen im gewerblich-technischen Bereich zu schaffen und Zeichen zu setzen für eine Neuorientierung in der beruflichen Aus- und Weiterbildung zugunsten zukunftsorientierter und beschäftigungssicherer Qualifikationen. Die F.D.P. setzt sich für eine intensive Zusammenarbeit zwischen Eltern, Schule, Arbeitsämtern, Verbänden und Betrieben bei der Berufswahl ein.

Anders als bei Männern verläuft die berufliche Entwicklung bei Frauen, bedingt durch eine zeitweise Unterbrechung zugunsten der Familie, nicht durchweg kontinuierlich. Dies erfordert - gerade im Führungsbereich - ein qualifiziertes Weiterbildungsangebot in den Betrieben.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Flexiblere und familienfreundlichere Arbeitszeiten

5. Bürger ohne deutsche Staatsangehörigkeit

Die bei uns lebenden Ausländer leisten einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft. Sie haben ein Recht auf ihre eigene kulturelle Identität.

Die Liberalen fordern einen toleranten Umgang mit Menschen anderer Hautfarbe, Sprache, Religion und Kultur. Dies beginnt am Arbeitsplatz, in der Schule und in der Nachbarschaft. Die Integration von Bürgerinnen und Bürgern ohne deutsche Staatsangehörigkeit muß gerade in einer Weltstadt wie Hamburg erheblich verbessert werden. Dazu muß der Senat über den Bundesrat aktiv werden.

Deshalb fordert die F.D.P. Hamburg unter anderem:

- * Das Staatsangehörigkeitsrecht in der Bundesrepublik Deutschland soll grundlegend novelliert werden. Ziel ist es, die Integration durch Einbürgerung zu erleichtern und den Menschen, die hier ihren Lebensmittelpunkt haben, die Rechte und Pflichten deutscher Staatsbürger zu geben. Dies ist als wichtiger Beitrag zur Integration von Ausländerinnen und Ausländern unabdingbar. Vor allem

müssen die Einbürgerungsmöglichkeiten verbessert werden. Dies darf nicht nur ein Privileg von Sportlern sein.

- * Der Grundsatz der Vermeidung doppelter Staatsangehörigkeit muß aufgegeben werden. Hier geborene Ausländerinnen und Ausländer erwerben bei der Geburt ab der zweiten Generation die deutsche Staatsbürgerschaft, ohne daß eine von den Eltern stammende Staatsangehörigkeit zuvor von diesen für das Kind aufgegeben werden muß. Eine Optionspflicht für die deutsche oder eine andere Staatsangehörigkeit tritt mit Beginn der Volljährigkeit oder aber innerhalb von fünf Jahren nach Erreichen der Volljährigkeit in Kraft.
- * An den Schulen sollen da, wo der Anteil fremdsprachiger Schülerinnen und Schüler hoch ist, vermehrt fremdsprachige Lehrkräfte eingesetzt werden.
- * Die liberale Toleranz hört allerdings dort auf, wo Extremisten, zum Beispiel über getarnte Vereine, die demokratische Grundordnung und die Völkerstabilität bekämpfen.

**Doppelte
Staatsbürgerschaft**

6. Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Lebensformen beenden

Noch immer werden Menschen aufgrund ihrer Homosexualität diskriminiert. Die F.D.P. kämpft dafür, die gesellschaftliche Ausgrenzung und die rechtliche Benachteiligung schwuler Männer und lesbischer Frauen zu beseitigen.

Als konkrete Schritte zur Verbesserung der Lebenssituation Homosexueller fordert die F.D.P.:

- * die Schaffung des Rechtsinstituts "Eingetragene Partnerschaft" auch für gleichgeschlechtliche Paare. Es soll bei Angehörigenrechten, Hinterbliebenenregelungen und im Sozialrecht gleiche Rechte und Pflichten begründen wie in der Ehe;
- * die Überarbeitung der Lehrpläne und Lehrbücher in Schulen hin zur Darstellung homosexueller Lebensweisen als gleichberechtigter Lebensentwurf.

**Eingetragene
Partnerschaft
durchsetzen**

7. Sicherheit für alle

Die Gewährleistung der inneren Sicherheit ist unabdingbare Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben in unserer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft und dafür, daß alle Bürger die Grundrechte in Anspruch nehmen können.

**Kriminalität
gefährdet die
Freiheit**

Die Kriminalität in unserer Gesellschaft muß energisch bekämpft werden. Die Bürgerinnen und Bürger sind verunsichert. Es gibt nichts zu verharmlosen. Gerade in einem freien und demokratischen Gemeinwesen müssen wir alle frei von Furcht und Gewalt leben können.

Wir dürfen Straftäter nicht dadurch ermutigen, daß das Risiko der Aufklärung gering ist. Die Liberalen fordern ein neues Einsatz- und Organisationskonzept für die Hamburger Polizei, das die Bevölkerungsentwicklung, die Stadtentwicklung und die Kriminalitätsschwerpunkte angemessen berücksichtigt.

Die Polizei ist integrativer Bestandteil unserer Gesellschaft. Sicherheit allerdings läßt sich nicht verwalten. Es gehören mehr Polizisten auf die Straße als ins Büro. Die Polizei muß wieder bürgernah werden. Wir brauchen mehr Fuß- und Fahrradstreifen. Alle Planstellen für Polizeikräfte müssen auch besetzt sein. Polizisten müssen ihren Aufgaben entsprechend bezahlt werden.

**Bürgernah
Polizei**

Die über 20 Jahre alte Strukturreform der Polizei ist gescheitert. Deshalb ist die Hamburger Polizeistruktur neu zu ordnen und den veränderten Entwicklungen anzupassen.

Zur Bekämpfung der Kriminalität sind Spezialisten erforderlich. Dies schließt eine einheitliche Grundausbildung für alle nicht aus.

Kriminalpolizei und Schutzpolizei müssen so aufgebaut sein, daß sie besser zusammenarbeiten können. Die Kriminalkommissariate müssen dezentralisiert werden.

Die Polizei muß von polizeifremden Aufgaben entlastet werden, zum Beispiel bei der Bewachung von Konsulaten und beim Einsatz anläßlich kommerzieller Veranstaltungen.

**Entlastung von
polizeifremden
Aufgaben**

Die Polizei braucht eine eigene Laufbahnorganisation mit Aufstiegsmöglichkeiten und Leistungsanreizen bei einer flexiblen Laufbahngestaltung.

Verstärkt müssen nichtdeutsche Bürgerinnen und Bürger bei der Polizei (und der Feuerwehr) mitarbeiten, um die Akzeptanz in der Bevölkerung zu erhöhen.

Die F.D.P. fordert eine bessere Ausrüstung derjenigen, die für unsere Sicherheit den Kopf hinhalten. Die Ausstattung und Ausrüstung für alle Bereiche der inneren Sicherheit muß den gestellten Aufgaben entsprechen und mit der technischen Entwicklung Schritt halten.

**Modernisierung
der Ausrüstung**

Die Polizei braucht eine stärkere politische Rückendeckung. Das bedeutet auch, daß die Führungsaufgaben in der Polizei eindeutig geordnet sind (zum Beispiel zwischen politischer Führung und polizeilicher Führung).

8. Justizpolitik

Zum Rechtsstaat gehört eine Gerichtsbarkeit, von der die Bürgerinnen und Bürger möglichst rasch eine für sie verständliche und nachvollziehbare Rechtsentscheidung erhalten. Auch ein "schlanker Staat" ist auf eine effektive, zügige und überzeugend arbeitende, den Rechtsfrieden dauerhaft sichernde Justiz angewiesen. Für Liberale ist diese Sicherung des Rechtsfriedens Voraussetzung, um demokratische Ordnung und individuelle Freiheit zu garantieren. Sie ist zugleich ein wichtiger positiver Faktor für den Wirtschaftsstandort Deutschland und damit zur Sicherung bestehender und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Denn ohne Rechtssicherheit, ohne effektiven und schnellen Rechtsschutz, gibt es auch keine Investitionssicherheit.

**Rechtsfrieden
durch zügige
Rechtsgewährung**

Eine zügige Rechtsgewährung durch die Gerichte ist die Grundlage für die Bewahrung des Rechtsfriedens. Die Arbeitsabläufe der Hamburger Justiz müssen deshalb neu organisiert werden, um deren zeitnahe Erfüllung zu gewährleisten.

Für die Durchführung des Mahnwesens wie auch für alle Registersachen sollte eine EDV-Vernetzung mit Rechtsanwaltskanzleien und Notarien angeboten werden, die es ihnen erlaubt, Anträge, Auskünfte und sonstige Informationen direkt über diese Vernetzung den Abteilungen einzugeben.

Die Befähigung des Umgangs mit diesen modernen Techniken muß Einstellungsvoraussetzung werden.

Die F.D.P. wird dafür sorgen, daß die Gerichte und die Staatsanwaltschaft mit modernen Techniken und Kommunikationsmitteln ausgestattet werden, damit Entlassungen aus der Untersuchungshaft wegen verzögerlicher Sachbearbeitung künftig unterbleiben.

Die F.D.P. will den Ausbau der Justizbehörde zu einer Rechtspflegebehörde, der auch die Sozial- und die Arbeitsgerichtsbarkeit zugeordnet sind.

Der Gruppenstrafvollzug soll weiter ausgebaut werden.

Über die Öffentliche Rechtsauskunft- und Vergleichsstelle sollen künftig weitere schiedsrichterliche Schlichtungsmodelle angeboten werden, um die Gerichte zu entlasten.

**Verfahrensabläufe
beschleunigen**

9. Sport

Der Sport wird für unsere ständig stärker technisierte Gesellschaft immer lebensnotwendiger. Dies zeigt sich nicht nur in der ständig steigenden Zahl derjenigen, die aktiv Sport betreiben, sondern auch in dem zunehmenden Erkennen der Tatsache, daß Sport wichtig ist für Gesundheitsvorsorge, Rehabilitation und soziale Bindungen.

Die F.D.P. mißt dem Sport deshalb eine hohe Bedeutung zu. Sie verlangt eine besondere Berücksichtigung in der Bildungs-, Kultur-, Sozial-, und Wirtschaftspolitik. Spiel, Sport und Bewegung helfen den Menschen, faire Verhaltensweisen und Toleranz zu üben, sich gesellschaftlich zu integrieren, ihre Gesundheit und ihre Lebensfreude zu erhöhen und ihre Freizeit sinnvoll zu gestalten.

Die F.D.P. fordert unter anderem:

* Stärkung der Sportselbstverwaltung in Hamburg: Die ehrenamtliche Tätigkeit muß gefördert werden. Insbesondere muß eine ehrenamtliche Tätigkeit, zum Beispiel der Übungsleiter, anerkannt und besser unterstützt werden, die Bedingungen müssen verbessert werden. Es muß ein verstärkter Einsatz von Übungsleitern und Betreuern im Jugendsport angestrebt werden. Die Rahmenbedingungen sind zu überprüfen.

**Ehrenamtlichkeit
fördern**

* Vereine, die durch ihre Angebote doch eine weitreichende soziale, betreuende Arbeit leisten, dürfen nicht durch Nutzungsentgelte belastet werden.

* Es ist anzustreben, daß öffentliche Sportstätten auch während der Ferien zugänglich sind.

* Die Nutzungszeiten und die Auslastung der vielen Sporthallen müssen den Erfordernissen der Sportvereine und Organisationen angepaßt werden.

**Öffentliche
Sportstätten in
Ferien öffnen**

- * Die Kooperation zwischen Schulen und Vereinen muß verbessert und gefördert werden.
- * Hamburg braucht endlich eine Mehrzweckhalle (Arena) am Standort Rübenkamp.

IV.
Die liberale Sozialpolitik

**Für eine gerechte Sozial- und Gesundheitspolitik,
die die Leistungsbereitschaft bewahrt.**

Liberale Politik will die größtmögliche Freiheit des einzelnen. Dabei sind individuelle Freiheit und Verantwortung für sich selbst untrennbar. Individuelle Freiheit erfordert aber auch die Bereitschaft, solidarisch Mitverantwortung für andere zu übernehmen. Hier setzt liberale Sozialpolitik an. Die Vorstellung einer Rundumversorgung durch die sozialen Sicherungssysteme ist nicht finanziertbar und nicht wünschenswert.

Der Staat kann nicht Hilfe in allen Lebenslagen geben. Bürgerinnen und Bürger sind auch füreinander verantwortlich. Der Umbau des Sozialsystems reicht nicht. Ein neu-konzipiertes Bürgergeldsystem integriert die notwendigen staatlichen Unterstützungsleistungen für die Bedürftigen und die Besteuerung der Leistungsfähigen.

**Bürgergeld statt
Sozialbürokratie**

Freiheit setzt ein Mindestmaß an existentieller Absicherung für alle voraus. Wer seinen existenznotwendigen Lebensunterhalt nicht allein bestreiten kann, hat Anspruch auf Hilfe durch die Gesellschaft. Insoweit dient existentielle Absicherung der wirtschaftlichen Entwicklung und dem sozialen Frieden. Dies darf allerdings nicht dadurch gefährdet werden, daß denjenigen, die die Hilfe über Steuern und Abgaben finanzieren, die Bereitschaft genommen wird, durch eigene Leistungen die Mittel zu erarbeiten.

Staatliche Sozialhilfe ist zuerst Hilfe in Notlagen und Hilfe zur Selbsthilfe.

1. Was tun in Hamburg?

Auch in Hamburg gibt es viele, die weit weniger haben, als sie nach Ansicht ihrer Mitbürger verdient hätten. Dennoch: Die **Sozialhilfeleistungen** pro Kopf befinden sich über dem Durchschnitt bundesdeutscher Großstädte. Die Ausgaben der Hansestadt in diesem Bereich sind in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen - nicht nur, weil der Bund Aufgaben verlagert hätte, sondern auch deshalb, weil hier vor Ort Sozialleistungen zu großzügig ausgezahlt worden sind. Hier muß, anknüpfend an Hilfestellungen für die Sozialhilfesachbearbeitung durch detaillierte Fachliche Weisungen, ein **verstärktes Controlling** (Fortschreibung PROSA) ansetzen, das durch das Landessozialamt zu entwickeln ist. Ziel ist die Gewährung von sozialen Leistungen nach einheitlichen Maßstäben.

Die Senkung der Steuern und Abgaben aber wird nur gelingen, wenn weniger Ansprüche auf staatliche Leistungen oder an die Sozialversicherungszweige oder das Sozialsystem erhoben werden. Wer mit dem Argument der sozialen Gerechtigkeit oder Symmetrie dies verhindert, handelt in Wahrheit unsozial.

Dies bedeutet Einschnitte in das soziale System - nicht in das Netz der Grundversorgung, das beinahe um jeden Preis aufrechterhalten werden muß, da es nicht zuletzt den sozialen Frieden sichert.

Dabei dürfen wir nicht unsere Verantwortung für die nächste Generation vergessen. Ein "Generationenvertrag" setzt voraus, daß auch eine neue leistungsfähige Generation heranwachsen kann. Sozialleistungen dürfen nicht dazu führen, daß die nächste Generation nicht mehr die Sicherung der Existenzgrundlage der Bedürftigen erarbeiten kann. Nur was erarbeitet wurde, kann auch umverteilt werden.

2. Menschenwürdiges Leben

Jede und jeder hat Anspruch auf ein menschenwürdiges Leben. Solange wie möglich müssen insbesondere Menschen, die nicht ausreichend für sich selbst sorgen können, selbst entscheiden dürfen, was mit ihnen geschieht. Dabei haben sie Anspruch auf Hilfe. Hilfe, die sich an den Interessen und Lebenszielen der Betroffenen orientiert, ist das Gegenteil von Bevormundung und Entmündigung Bedürftiger, wie sie in Teilen unseres Sozialsystems noch immer die Regel ist.

**Hilfe zur
Selbsthilfe statt
Bevormundung**

Die F.D.P. wird im Bereich der Sozialpolitik in der nächsten Bürgerschaft ihr Augenmerk insbesondere auf die folgenden Aufgaben richten:

Alle Menschen sollen so lang wie möglich die Chance haben, ein eigenständiges und selbstbestimmtes Leben zu führen. Die F.D.P. wird deshalb die Sozialstationen stärker fördern. Freie Wohlfahrsträger und Private sollen die gleichen Pflegesätze erhalten.

Ein selbstbestimmtes Leben muß auch in Heimen möglich sein. Die Privatsphäre jeder und jedes einzelnen ist zu wahren. Die räumliche Unterbringung der Bewohner hat darauf Rücksicht zu nehmen.

Wir wollen die Integration von Heimen in ihr gesellschaftliches Umfeld: Bewohner dürfen nicht vom Leben außerhalb des Heimes abgeschnitten werden. Menschen, die außerhalb leben, sollen die Einrichtungen der Heime auch in Anspruch nehmen können.

Die F.D.P. setzt sich bei der Neueinrichtung von Heimen für deren Integration in bestehende Wohnquartiere ein, damit die künftigen Bewohner in ihrem Umfeld leben können.

Behinderte und Kranke sind Teil der Gesellschaft. Sie haben Anspruch auf Hilfe, Integration, Rehabilitation und Therapie.

Die öffentlichen Verkehrsmittel sind weiterhin auch behindertengerecht auszubauen.

Die F.D.P. will die Beratung für Sozialhilfeempfänger verbessern auch mit dem Ziel, den Mißbrauch beim Bezug von Sozialhilfe besser zu verhindern und so den tatsächlich Bedürftigen die notwendige Hilfe geben zu können, zum Beispiel durch das Angebot von Dauerwohnplätzen für Obdachlose und gezielte Hilfen zur Arbeitsvermittlung.

Die Liberalen wollen, daß Bedürftige tatsächlich die ihnen zustehenden Leistungen erhalten und daß niemand mit den unterschiedlichen Sozialbürokratien spielen kann. Auch wenn das Bürgergeldsystem - leider - noch Zukunftsmusik ist: Auf dem Weg dahin werden die Liberalen dafür sorgen, daß schon jetzt die Prüfung der unterschiedlichen Ansprüche auf Sozialleistung in einem Bürgerbüro in den Bezirksämtern zusammengefaßt wird.

3. Drogenpolitik

Eine drogenfreie Gesellschaft zu erwarten, ist eine Illusion. Suchtkrankheiten lassen sich weder durch Kriminalisierung, noch durch Repression und Diskriminierung wirksam und dauerhaft bekämpfen. Nicht die Abhängigen dürfen bekämpft werden, sondern nur ihre Abhängigkeit. Es muß endlich tabufrei darüber nachgedacht werden, ob durch die Legalisierung und die kontrollierte Verabreichung der Suchtmittel nicht mehr erreicht werden kann als durch die konventionelle Zweischienen-Technik von Strafverfolgung und Therapie.

Neue Wege in der Drogenpolitik

Die Illegalität des Drogenmarktes sorgt dafür, daß Suchtmittel-Kunden mehr und mehr in die Fänge der Drogenmafia geraten. Weil es sich für die Verkäufer lohnt, rekrutieren die Dealer-Ringe immer neue Abhängige. Die wiederum müssen immer größere Mittel aufwenden, um die Schwarzmarktpreise zu bezahlen. Die Mittelbeschaffung ist in den meisten Fällen nur noch auf dem Wege der Kriminalität oder der Prostitution möglich. Damit aber fallen die Süchtigen nun auch noch aus ihren sozialen Zusammenhängen. Neben die konkrete Sucht gesellen sich weitere Abhängigkeiten: von staatlicher Unterstützung und sogar von Kriminalität und Prostitution.

Mit dem Aufbrechen des Schwarzmarktes u. a. durch die kontrollierte Abgabe von Suchtmitteln würde der Drogenmafia dort ein Schlag zugefügt, wo es sie am meisten trifft: bei den Einnahmen. Die Drogenabhängigen könnten durch die niedrigeren Preise eher in ihren normalen Lebenszusammenhängen gehalten werden: ein Zugewinn an menschlicher Würde.

Als zusätzlicher Vorteil sinkender Beschaffungskriminalität und zurückgehender Prostitution wäre der Zuwachs an öffentlicher und privater Sicherheit in heute von der Drogenszene dominierten Stadtteilen zu sehen.

Das Entstehen und die Verfestigung von offenen Drogenszenen müssen mit allen gebotenen Mitteln verhindert werden. Unser Rechtsstaat duldet keine rechtsfreien Räume.

Für einen menschenwürdigen Umgang mit Drogenabhängigen ist nach Auffassung der F.D.P. angemessene und effektive Hilfe nach einer Änderung des Betäubungsmittelgesetzes von besonderer Bedeutung:

* die schrittweise Lockerung des Verbotes von Cannabis-Produkten, beginnend mit dem Verzicht auf Strafverfolgung beim Besitz kleiner Mengen (der sogenannten Tagesdosis);

* die kontrollierte Abgabe von Drogen und Ersatzstoffen zu medizinischen Zwecken an Abhängige durch Ärzte und Apotheken, für die unverzüglich die gesetzlichen und standesrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen sind und die Finanzierung zu sichern ist. Die Abgabe ist als Maßnahme der medizinischen Behandlung Suchtkranker anzuerkennen und zu fördern. Sie ist und bleibt aber Aufgabe der Ärzte und Apotheken und nicht des Staates; die Substitutionsprogramme dürfen vor einer Reform der Drogenpolitik nicht enden;

* die F.D.P. wird für eine Ausweitung der präventiven Maßnahmen kämpfen, auch gegen neuartige Suchtmittel wie Designerdrogen. Sie will aber auch die rechtlichen Voraussetzungen im Bund dafür schaffen, daß die kontrollierte

Sucht als Krankheit anerkennen

Prävention verstärken

Abgabe von Drogen und Drogenersatzstoffen an Süchtige unter ärztlicher Aufsicht ermöglicht bzw. erleichtert wird;

- * die Dezentralisierung und den Ausbau des Beratungs- und Betreuungsangebotes in Hamburg sowie die Schaffung zusätzlicher (dezentraler) ambulanter und stationärer Therapieplätze;
- * die Unterstützung der Eltern- und Angehörigeninitiativen und anderer Selbsthilfeorganisationen, die Chancen zur Reintegration der Abhängigen in ein menschenwürdiges Zusammenleben bieten. Es geht auch für die Abhängigen um die Rückgewinnung der Freiheit, miteinander zu leben und nicht ohne einander.

4. Gesundheitspolitik

Für Hamburgs Liberale ist die Optimierung des Gesundheitssystems auch unter finanziellen Gesichtspunkten dringend erforderlich.

Große Probleme machen dabei der Krankenhaus- und der Pflegebereich. Die Skandale der jüngsten Vergangenheit lassen befürchten, daß im Bereich des Gesundheitswesens mehr Geld ineffektiv ausgegeben wird, als uns allen lieb sein kann. Die Strukturen des Hamburger Krankenhauswesens müssen dringend überprüft werden. Die F.D.P. setzt sich für ein Konzept ein, das einzelnen Häusern fachliche Schwerpunkte zuweist. In den Bezirken der Hansestadt muß eine sinnvolle Zusammenarbeit und Arbeitsteilung zwischen allgemeinen und privaten Krankenhäusern erreicht werden. Durch eine sach- und fachgerechte Aufgabenteilung muß hier den verschiedenen Häusern ein finanzielles Überleben gesichert werden. Die F.D.P. regt hierzu an, von Fall zu Fall zusammenfassende Verwaltungseinheiten zu bilden.

Fachgerechte Aufgaben-Verteilung

Voraussetzung ist der Wettbewerb unter den Leistungsanbietern, insbesondere im Krankenhausbereich. Dieser existiert in Hamburg nur in Ansätzen, da der Landesbetrieb Krankenhäuser mit nahezu 60 Prozent des Versorgungsangebots den "Markt" beherrscht und somit frei schalten und walten kann.

Landesbetrieb Krankenhäuser auflösen

Deshalb will die F.D.P. den Landesbetrieb auflösen, die einzelnen Krankenhäuser ver-selbständigen und zur Förderung des Wettbewerbs schrittweise privatisieren. Dies führt zu mehr Wirtschaftlichkeit und damit zu sinkenden Kosten.

Die F.D.P. fordert im pädiatrischen Bereich eine Dezentralisierung. In den Randbezirken sollen in den bestehenden leistungsfähigen Krankenhäusern kleine Kinderabteilungen eingerichtet werden. So wird erreicht, daß Eltern einen kurzen Weg zu ihren kranken Kindern haben.

Die F.D.P. fordert eine Verbesserung und den Ausbau des Kindermeldienstes in Zusammenarbeit mit den Krankenhäusern und den niedergelassenen Ärzten.

Die Liberalen fordern eine stärkere Verzahnung der ambulanten und stationären Versorgung, auch um überflüssige Doppeluntersuchungen zu vermeiden und die Kosten im Gesundheitswesen zu senken.

Die Betriebskrankenkassen der Freien und Hansestadt und der Hamburger Hochbahn sind aufzulösen. Bei der vorhandenen Wahlfreiheit unter den gesetzlichen Krankenkassen entsteht für niemanden ein Nachteil.

Angesichts der unverminderten tödlichen Bedrohung durch AIDS fordert die F.D.P. die Fortsetzung einer finanziell angemessenen Förderung der Hamburger AIDS-Hilfe sowie verbesserte Rahmenbedingungen für Selbsthilfegruppen.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort des Landesvorsitzenden	3
I. Sicherung des Wirtschaftsstandortes Hamburg	5
1. Die Herausforderung	5
2. Wachstumsfördernde Wirtschaftspolitik	6
- Neue Technologien	6
- Gewerbesteuersenkung	6
- Gewerbeflächen	7
- Nordstaat	7
- Hafen	7
- Flughafen	8
3. Sanierung des Hamburger Haushalts	8
4. Wirtschaftsfördernde und umweltorientierte Verkehrspolitik	10
5. Ökologische Marktwirtschaft	11
6. Liberale Stadtentwicklungspolitik	13
II. Sicherung der Zukunftsfähigkeit Hamburgs	14
1. Allgemeinbildende Schulen	14
- Reform der Grundschule	15
- Vorverlegung des Abiturs	15
2. Berufliche Bildung	16
3. Neue Lehrer	17
4. Schulautonomie	17
5. Schulgesetz	17
6. Kinder- und Jugendhilfe	18
7. Hochschulen	18
- TU Hamburg-Harburg	19
- FH Hamburg	19
- Universität Hamburg	19
- UKE	19
- HWP	19
8. Kultur	20
Bücherhallen	20
Museen	21
Theater	21
Kamnagel	21
Stadtbild	21

III. Verhältnis von Bürger und Staat	22
1. Schlanker und effektiver Staat	22
2. Verwaltungsreform	23
3. Nordstaat	24
4. Liberale Gleichstellungspolitik	24
5. Bürger ohne deutsche Staatsangehörigkeit	25
6. Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Lebensformen beenden	26
7. Sicherheit für alle	26
8. Justizpolitik	27
9. Sport	28
IV. Liberale Sozialpolitik	30
1. Was tun in Hamburg?	30
2. Menschenwürdiges Leben	31
3. Drogenpolitik	32
4. Gesundheitspolitik	33

(hh-wpr.sam)
Stand: 2. Februar 1997